

BOLLETTINO INTERNAZIONALE

19 GIUGNO 1992

- 1 **WAHLEN3.upd** *(11 / 05 / 92)*
Wahlen in Südkurdistan 920505, dt.
- 2 **WAHLEN4.upd** *(11 / 05 / 92)*
Wahlen in Südkurdistan 920511, dt.
- 3 **MANNHM1.ENG** *(07 / 06 / 92)*
Racist pogromes in Mannheim/SW.Germany 920606,eng
- 4 **MANNHM2.ENG** *(07 / 06 / 92)*
Antifascist demonstration in Mannheim 920606, eng
- 5 **MANNHM2.GER** *(07 / 06 / 92)*
Antifaschistische Demo in Mannheim 920606, dt.
- 6 **MANNHM3.GER** *(07 / 06 / 92)*
Antifaschistische Demo, Aufruf 920606, dt.
- 7 **FREENOW1.upd** *(08 / 06 / 92)*
Freedom for the PPs in FRG, Demo in Bonn 920620,eng
- 8 **hauser.upd** *(08 / 06 / 92)*
Häusergruppen gegen WWG,dt.
- 9 **wunsiedl.upd** *(08 / 06 / 92)*
Aufruf/Diskussion gegen den Faschistenaufmarsch in Wunsiedel

ECN MILANO

Centro Sociale Leoncavallo

entry: 4/5/92

date: 6/5/92

from: Rudi

to: nat

subject: **Aktuelle Situation / Wahlen in
Südkurdistan am 17.5.92**

Der Wahlkampf hat angefangen, die Orte sind voll mit Fähnchen in den jeweiligen Parteifarben, bis spät in die Nacht tönt das Lied "Kirkuk, Kirkuk..." aus den Lautsprechern und selbst die Großgrundbesitzer haben in Aqra am 3.5. eine öffentliche Veranstaltung abgehalten. In Sulaimanya hat es mittlerweile die dritte große Demo gegen Autonomie und Verhandlungen mit Bagdad gegeben. Die Demokratische Partei von M. Barzani führt den Wahlkampf auf ihre Weise, unter anderem auch mit Geld – in Gegenden wo sie nicht so stark sind, ist Geld an Bedürftige verteilt worden, mit den entsprechenden gelben Fähnchen.

Die Zahmetkesan und Ala Sores sind mit der PUK von C. Talabani ein Wahlbündnis eingegangen, die vereinigten Sozialisten haben durchblicken lassen, daß nach den Wahlen an eine Koalition zu denken ist und die Kommunistische Partei hat bei einigen Vorwahlen überraschend stark abgeschnitten. Es sieht immer mehr nach einer breiten Koalition gegen die Demokraten und den so gut wie unterschriebenen Autonomievertrag aus.

Mit dem Iran scheinen im Moment intensive Kontakte aufgenommen zu werden, nach Sami Abdurahman von der Parti Gel ist jetzt auch Celal Talabani dort gewesen. Die Situation an der iranischen Grenze ist nach Aussagen der Schmuggler wieder etwas entspannter als im letzten Winter. Während der Wahlen im Iran war die Grenze ja ganz geschlossen, im Moment machen die Pastaran aber weniger Schwierigkeiten.

Insgesamt werden die Wahlen auch von linken Kurden (unabhängigen und organisierten) begrüßt, wobei die Einschätzung ungefähr folgende ist: Innerhalb der Kurdistan Front (KF) gibt es keinerlei Basis für Konsensentscheidungen mehr. Die einzelnen Parteien treffen Entschlüsse, führen die dann auch durch und motzen sich dann höchstens gegenseitig an. Mit dem Parlament bestehe aber die Möglichkeit, Mehrheitsentscheidungen zu fällen, die eben offen und kontrollierbar sind. (Wer die jetzige Struktur der KF kennt, wird zugeben, daß dies wirklich eine Verbesserung bedeuten

würde.) Weiterhin ist aus solchen Kreisen zu hören, daß mit der Durchschaubarkeit der Politik der einzelnen Parteien auch eine wichtige Voraussetzung für die Etablierung einer außerparlamentarischen Opposition gegeben wäre.

Seit es das Bündnis zwischen Zahmetkesan, Ala Sores und der PUK gibt, sehen die Linken unter den Wählern auch mehr Chancen, nicht einfach unter der 7% Hürde zu verschwinden und hoffen, daß auf diesem Weg auch auf die Politik der PUK Einfluß genommen werden kann.

Der irakische Ableger der türkisch-kurdischen PKK, die PAK, hat vom 9.-28.4. ihren ersten Parteitag abgehalten. PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan wurde hier zum GS für alle vier Teile Kurdistans gewählt.

Zusammenfassung der wichtigsten Parteitagsbeschlüsse:

- Am 15.8.92 soll in der Region Bahdinan/Botan (Türkei/Irak) eine Revolutionsregierung ausgerufen werden. Die Bevölkerung beider Teile soll ab sofort darauf vorbereitet werden. Es soll darauf hingearbeitet werden, daß die Bevölkerung in beiden Teilen die Regierung materiell und ideell unterstützt. Der Kampf um die Region soll auf beiden Seiten der Grenze geführt werden.

- Die PAK hat entschieden, an den Wahlen in Südkurdistan nicht teilzunehmen, sie wird ihre Anhänger jedoch dazu aufrufen, einzelne Kandidaten der anderen Parteien, "die wirklich für eine Unabhängigkeit Kurdistans eintreten", zu unterstützen.

- Weiterhin ist vorgesehen, daß die PAK Gespräche mit Zahmetkesan, PUK, Sozialisten und Parti Gel aufnimmt, denn sie will zumindest gutes Einvernehmen mit allen Parteien herstellen, die für weitergehende Optionen als eine Autonomie eintreten.

- Auch mit den iranisch-kurdischen Organisationen sollen Gespräche aufgenommen werden, ihnen soll ebenso der Eintritt in die ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans, PKK-dominiert) vorgeschlagen werden.

- Kontakt soll auch zu solchen humanitären Organisationen gesucht werden, die einer Unabhängigkeit Kurdistans positiv gegenüber stehen. In diesem Sinne könnte auch die UNO ein taktischer Partner oder Verbündeter sein. (Bei allen

bisher genannten Kontakten würde es sich um taktische Bündnisse handeln.

- Radikale sozialistische oder islamische Organisationen im mittleren Osten können ebenfalls Verbündete der PAK werden.

- Was den Irak angeht, so sind alle Gruppierungen, die ein föderales System befürworten mögliche Verbündete, in bestimmten Punkten können taktische Bündnisse mit dem Iran eingegangen werden.

Die PAK will in ganz Kurdistan die Rolle der Partei des kurdischen Proletariats übernehmen. In Bahdinan muß die Mobilisierungsarbeit aber noch verdeckt laufen, die KF hat da ein Auge drauf.

Die PAK wertet die Beziehungen, welche die KF mit der Türkei pflegt nicht als taktische Beziehungen, da sich diese Kontakte gegen die kurdische Bevölkerung und eine andere kurdische Organisation (PKK-PAK) richten. Ihrer Meinung nach ist auch das Argument, daß über diese Kontakte die immens wichtige Grenze offengehalten wird, hinfällig, da sie (PKK-PAK) den gesamten Grenzverlauf zwischen dem Länderdreieck Syrien/Türkei/Irak bei Zaxo und Diana kontrollieren und die Grenze - auch für den Warenverkehr - so jederzeit überschreitbar wäre. Wenn es zu einem Wahlsieg der Demokraten käme, wäre im Bahdinan sicherlich mit erheblichen Auseinandersetzungen zwischen ihnen und der PAK zu rechnen.

Insgesamt sieht es die PAK als legitim an, Widersprüche zwischen den Kolonialstaaten für sich auszunutzen.

Die PKK-Akademie "Mahsum Korkmaz" befindet sich immer noch im libanesischen Bekaa-Tal. Was die Haltung der syrischen Regierung angeht, so ist das Abkommen mit der Türkei zwar unterzeichnet worden, ist von syrischer Seite aber noch nicht in die Tat umgesetzt, ist es noch nicht zu Aktionen gegen die PKK gekommen.

2 File : WAHLEN4.upd

date: 11/5/92

entry: 11/5/92

from: Rudi

to: nat

subject: **Wahlen in Südkurdistan**

Eine Woche vor dem anberaumten Wahltermin geht es richtig rund. Die Orte sind voll von Menschen, die mit den Fähnchen "ihrer" Parteien für ein buntes Straßenbild sorgen. Überall gibt es Wahlkampfveranstaltungen, d.h., daß die Parteivorsitzenden ihre Rundreisen machen, denn diese bestimmen den Wahlkampf fast ausschließlich. In den verschiedenen Fernsehsendern wird jeden Tag ausführlich erklärt, wie gewählt werden muß

Vieles deutet auf eine Koalitionsregierung hin, jedenfalls empfängt Celal Talabani von der PUK momentan die ZK's der Kommunisten und Sozialisten zu stundenlangen Gesprächen. Interessante Aspekte einer möglichen Koalitionsregierung ergaben sich bei einem Gespräch mit Kak Baxtiyar von der Zahmetkesan. Die Partei hatte erklärt, daß sie bei einer 7% Hürde ihre einzige Chance, in die kurdische Politik einzugreifen, in einer gemeinsamen Liste sieht und sich daher entschlossen, mit der PUK gegen die Demokraten von Massud Barzani zu kandidieren.

Die Zahmetkesan haben die Verteilung des "Grundbesitzes, an die die den Boden bearbeiten" in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Baxtiyar erklärte dazu noch, daß ihnen sehr bewußt ist, daß auch auf der Liste der PUK Großgrundbesitzer vertreten sind, doch er sagt, daß die Abgeordneten ihrer Partei, die über die Liste ins Parlament kommen werden, alles tun werden, um Punkte wie Verteilung von Grundbesitz auf das Programm zu bekommen. Wörtlich: " Die Veränderung der Besitzstruktur der Bauern ist der erste und unverzichtbare Schritt hin zu einer Veränderung auch der kurdischen Politik. Solange es noch eine ökonomische Grundlage gibt, auf der die Bauern sich vor den Agas (Großgrundbesitzer) fürchten müssen, solange wird sich in der kurdischen Politik nichts ändern, denn solange kann man ihnen ein falsches politisches Programm aufdrängen. Wenn mit den Wahlen und einer Diskussion im Parlament einige Schritte in diese Richtung getan werden können, dann ist das ein wichtiger Anfang um auch die Strukturen der kurdischen Politik zu verändern. " Im Programm der Zahmetkesan gibt es Konzept für Wirtschaft auf dem Land und in der Stadt. Auf

dem Land soll neben der Verteilung von des Landbesitzes die Landwirtschaft modernisiert werden und die Ressourcen, welche Saddam nur in beschränktem Maße und zuletzt gar nicht mehr genutzt hat, voll ausgeschöpft werden. In der städtischen Industrie soll vor allem die Zementproduktion angekurbelt werden. Seiner Aussage nach verfügt Kurdistan über genug Ressourcen, um Zement nach Jordanien und in andere Nachbarländer zu exportieren. Für die Arbeiter sieht das Programm die 35-Stundenwoche und 60 Jahre als Rentenalter vor. Eigenes kurdisches Öl gebe es in der Region um Koycincak, das könnte den gesamten kurdischen Bedarf decken.

Eine weitere wichtige Forderung ist die nach Reparationszahlungen aller Waffenexportierender Staaten an die kurdische Regierung. Diese Zahlungen sollen zur Ankurbelung der Industrie und für den Wiederaufbau verwendet werden.

Zu den Nachbarstaaten, besonders zum Verhältnis zur Türkei sagte Kak Baxtiyar folgendes:

" Die heutige politische und ökonomische Konjunktur in der Welt läßt keinen Alleingang eines der Mitteloststaaten zu. Der Kapitalismus setzt auf eine regionale Integration, in die auch Kurdistan einbezogen sein wird." Zur heutigen Situation der Türkei meint er, daß solange das Recht auf Selbstbestimmung der türkischen Kurden nicht anerkannt ist, die Türkei für ihn auch kein Verhandlungspartner sei. Die PKK erkennt er als Kraft der nationalen Befreiung in Nordkurdistan an, hat aber `solidarische Kritik', wörtlich:

"Meiner Meinung nach wird die Effektivität des Partisanenkampfes von der PKK überbewertet. Der kann eigentlich nur den Zweck haben, eine Massenbewegung zu unterstützen. Das Zeitalter, in dem mit Partisanenkampf wirklich eine politische Schlacht gewonnen werden kann, ist vorbei. Die Aufstände an Newroz in diesem Jahr waren meiner Meinung nach eine sehr gute Sache. In der Weltöffentlichkeit wurde damit mehr erreicht, als mit Partisanenkampf. Was die PAK (PKK-Ableger in Südkurdistan) angeht, so denke ich, sie muß begreifen, daß man die Situation in Nord- und Südkurdistan nicht einfach gleichsetzen kann und sollte meiner Meinung nach ihren Kampf im Irak den hiesigen Bedingungen anpassen."

Zu den Wahlen noch ein paar Sätze:

" Mit diesen Wahlen kann noch keine 100%ige Demokratie erreicht werden. Das ist uns klar. Aber wir müssen auch einräumen, daß heute 20% Demokratie schon ein Fortschritt gegenüber früher sind. Wir werden nach der Wahl alle Möglichkeiten einsetzen – vor allem die Funkmedien – um Bewußtseins- und Bildungsarbeit in der

Bevölkerung zu leisten. Die Wahlen sind für mich ein erster Schritt, die Voraussetzung zur Änderung der kurdischen Politik."

Ein Gespräch mit einem Funktionär der Kommunistischen Partei ergab, daß sie sich entschieden gegen eine Autonomie und Verhandlungen mit Bagdad in diese Richtung aussprechen. Mehr Bezug als alle anderen Parteien nehmen sie auf das Thema "Demokratie für den Irak", dabei betonen sie dann auch immer wieder daß die Kurdische Regierung Teil der iranischen Opposition ist. Sie plädieren insgesamt für das Recht der Kurden auf Selbstbestimmung, als Partei würden sie ein föderales System vorschlagen. Die Agas sind in ihren Augen erstmal Leute, die auch gegen Saddam und nicht gegen die Kurden sind. Ein Eindruck aus den Gesprächen mit den Kommunisten und der Parti Gel ist, daß es wohl bald zu einer kurdischen Opposition kommen kann, auch wenn es zwischen den jeweiligen ZK's und den Basen der Parteien doch erhebliche Unterschiede gibt.

Noch was zu den Kandidaten: jede Liste außer den Unabhängigen hat 100 Kandidaten, auf jeder sind nur 5–6 Frauen. Auf der kommunistischen kandidieren ca. 30–40 Unabhängige, meist Intellektuelle, von den Parteimitgliedern sind 12 Bauern und 7 Arbeiter. Auf der Liste der PUK gibt es insgesamt 8 Mitglieder von Zahmetkesan.

Die Situation in Kifri und Kalar ist nach wie vor unsicher. Beide Städte liegen nah dem Frontverlauf, in Sichtweite der Iraker. Dort gibt es jeden Tag noch Artilleriebeschuß, in den letzten drei Wochen aber keine direkten Auseinandersetzungen mehr. Von den Dächern in Kifri schaut man auf die iranischen Kontrollen, in Kalar sind sie ca. 2 km außerhalb der Stadt. Diese Region, im Süden der befreiten Gebiete ist deshalb so umkämpft, weil es zum einen im Flußbett des Sirwan Unmengen an Kies gibt – man denke an die Zementindustrie – , zum anderen ist die Flußebene enorm fruchtbar (Datteln, Orangen, Gemüse, Schilf) und außerdem gibt es Öl, noch nicht richtig ausgebeutet, aber es ist vorhanden. Um die Städte herum bildet der Fluß Sirwan die Grenze, am Ostufer die Iraker, am Westufer die Kurden. Die Bauern gehen nachts auf die Felder um Bohnen zu ernten, tagsüber werden sie beschossen. Ab und zu gibt es, nach Informationen der PUK, Hubschraubereinsätze, den letzten vor ungefähr zwei Wochen. Was am Wahltag passiert, ist ungewiß. Ende.

entry: /antifa, date:920606, from:spidernet
mainz/wiesbaden to:all

subjects:

**Chronology of a pogrome, Mannheim Schönau
1992**

This chronology bases on an article of a group of antifascists in Ludwigshafen, tellings of eye-witnesses and single persons, press-releases or even police-declarations during the days between the 26th of May until the 5th of June 1992. The redaction of spidernet changed some terms, used by the authors and made a summary of the occurences.

The pretexts of the beginning pogrome against the ca.230 refugees, who lived in Mannheim Schönau in a refugees home, began to emerge in springtime this year, when a larger wave of protest roled against the housing project for refugees in Schönau, a suburb of Mannheim. The Schönau suburb is a mixture of house-owning lower class citizens and workin class people.

At the 26th of May a roumor made its circles in Schönau: One ofc the refugees should have raped a 16year-old girl from Schönau, which latter became corrected by the City-councilor of Mannheim: He stated that the rape had been comminted by a civil-american citizen. Nevertheless at this evening 400 citizens began to threaten the refugees in the camp, by shouting nazi-slogans and throwing bottles and stone against the buildings. The mob of the 400 mainly were "normal people" and no nazi-skins. The police chooses to clear the space in front of the refugees home and seizes a number of people.

Friday, 29th of May. The Mannheim City-councilor releases a press-declaration, which states, that the Mannheim city-council will provide rule and order in the refugees home in Schönau in future and that the melange of refugees will be changed by the officials: More families will replace the single living men in the camp. Again some hundreds of citizens come to the camp and again the police chooses to clear the place in front of the home. For the first time some antifascists raech the place in front of the home and are involved in discussions with the neighbourhood.

Saturday, 30th of May. Since 20.00 some 100 antifascists await the police and the public mob in front of the refugees home. Again more than 300 citizens begin to fill the place after a international german soccer-match has finished in TV. The police divides the two groups from each other. At 22.00 the police arrested 28 neighbours of the Camp.

Sunday, 31st of May. Silence came back to the Camp, 6 bigger police cars stand inside the Home. The police recommends to the refugees "better not to leave the Camp".

150 refugees heve been deported until this day, some of them into the new german eastern states, were the situation in the refugees homes is mostly worse.

The public regional press in Mannheim/Ludwigshafen keeps up silence around the incidents in Schönau. There has been one short report in an overregional newspaper. So it is hard to state some more about the past history of this refugees home. There's also very little chance now to talk directly to the refugees, the police blocks the whole suburb and controls every move there, since the 4th of June.

The whole event is taken out by mostly "normal citizens"; its a quite new situation, that they become active without some steering organized nazi-skins. This is probably the biggest threat within this story, because the whole suburban population is participating in the pogrome. This is aquality of racism, which reminds to the Hoyerswerda-pogrome of last year.

date: 920606
 subject: **antifa**
 from: SpinnenNetz Mainz/Wiesbaden

Antifascist, antiracist demonstration in Mannheim 920606

Since the pogromes against the refugees in Mannheim/Schönau lasted for more than 10 days without less intensity, an antifascist, antiracist plenum for Rhein–Main and Rhein–Neckar decided to make a strong antiracist Demonstration in Mannheim Schönau in solidarity to the refugees at the 6th of June. The police closed down the Quarter with ca 1000 cops since Friday evening, the 5th of June, so that, favoured by the location of Schönau between some chemical plants, freeway and railway–lines, no demonstration could have entered the suburb.

The plenum decides the same day to make a strong demonstration in downtown Mannheim, but the cops prosecute all kinds of manifestations. As about 500 antifascists try to proceed to the city centre of Mannheim, cops control a lot of people and begin to arrest many of them. When we come to the Parade–Platz and try to make a demo alonge the shopping–mile, the cops don't wait with their brutal action. The beginning of the demo is either circulated by cops (with horses and dogs and mostly Special Force from Frankfurt, Göttingen and Karlsruhe) or beaten to injuries and arrested. Also many bypassing citizens, foreigners and press–staff become beaten and arrested as they begin to solidarize with us, shouting our paroles against nazism, police–brutality and for an international solidarity. The rests of the demo try from time to time to put something organized against the cops, but it is too late, because the Special Police Forces are more than we are and so ultra–brutal in action, that we have no chance to reorganize. From ababout 19.00 into the night, there are hunts through the whole city–centre with sporadical fights, but many of us get injured and arrested (15 comrades had to go to hospital, many others get cured by our own ambulance men/woman; 160 – one third of the demo – are arrested and taken to the police stations of Mannheim, Ludwigshafen and Heidelberg)

The Youth–Centre of Mannheim gets surrounded by the cops and all people inside, except some of the severely injured, are taken to arrest.

Everywere, were we try to collect the rest of our comrades, the police is present with Special Force. The whole city is in a state of martial (cop–) law.

Today (Sunday, the 7th of June) one comrade from Frankfurt is still arrested, he lies severely injured in hospital, but the Coordination of Inquiries (comrades who take care of the imprisoned, organizing lawyers and transportation back of the released) Mannheim stated, that he will be released soon.

We think, that the concept to try to make a strong antifascist, antiracist demonstration in the city centre of Mannheim was a correct reaction of ours calculating with the state of siege in Schönau, were nothing seemed to be possible for us. Even more as such a hunt by the police in Schönau could have had even worse results as all of the neighbourhood seems to sympathize with the fascist pogrome: its an area of enemies. The solidarity of many bypassing citizens showed us the accuracy of such an appraisal.

The high number of injured and arrested comrades is due to a brutality of police, which no one would have awaited or even foreseen for this demonstration; but it should not be the mistake of the concept.

For the next saturday there is planned another demonstration in Mannheim, carried out by a wider range of political groups, church and the regional Greens. Until today there have not been made fixed decisions about this issue.

SpinnenNetz Mainz/Wiesbaden from Mannheim, South–West Germany, 920607

entry: /antifa date: 920606
from: SpinnenNetz Mainz/Wiesbaden

subjects

Antifaschistische, antirassistische Demo in Mannheim 920606

Nach den Pogromen der Wochen vom 26.5.-5.6.92 hat das gemeinsame Plenum der regionalen Gruppen Rhein-Main und Rhein-Neckar, das zu diesem Zweck eingerichtet war, entschieden für den 6.6.92 nach Mannheim Schönau bundesweit zu mobilisieren (s.Aufruf), um dem Mob in Schönau eine entschiedene Demo entgegenzusetzen.

Schönau selbst ist seit dem 5.6.92 durch ca. 1000 Bullen wie eine Festung abgeriegelt. Begünstigt durch die Lage des Stadtteils zwischen Fabrikgeländen, Autobahn und Schnellbahnstrecke ist am 6.6. vorraussichtlich kein Durchkommen möglich. Weitgreifende Bullenkontrollen sind aufgebaut. So entschließen sich die Leute vor Ort die anreisenden GenossInnen in die Innenstadt umzuleiten und dort eine Demonstration zu probieren. Das Versammlungsverbot für Schönau wird auf ganz Mannheim ausgedehnt. Die Bullen kontrollieren massiv die anfahrenden Autos von GenossInnen und nehmen bereits vor der Demo etliche FußgängerInnen/AutomitfahrerInnen fest. Die Innenstadt von Mannheim wimmelt, abgesehen von SamstagsnachmittagsspaziergängerInnen von Bullen, davon dermaßen viele Zivis, daß es total schwierig ist, ihnen bis zum Versammlungsort und auch später bei den Auseinandersetzungen auszuweichen. Als sich die ca. 500 Leute, überwiegend aus der "Szene" auf dem Paradeplatz versammeln, fahren kurze Zeit später die Bullen massiv auf und fackeln nicht besonders lange, bevor sie zum Knüppeln ansetzen. Die Bullen (das Gros ist SEK aus Karlsruhe, Frankfurt/m. und Göttingen) sind dermaßen hart drauf, daß es nicht mehr möglich ist eine geschlossene Demo vom Platz weg zu machen. Die Knüppeltiraden der Bullerei, die auch mit etlichen Pferden und Hunden im Einsatz ist, treffen außer uns auch alle, die sich irgendwie in unserer Umgebung aufhalten: Presse, PassantInnen, Jugendliche und AusländerInnen, von denen viele anfangen sich mit uns zu solidarisieren und Parolen gegen Nazis/Bullenterror und für die internationale Solidarität zu rufen. Nix destotrotz haben wir

eigentlich kaum eine Chance zu einem entschlossenen Vorgehen. In der Mannheimer Innenstadt ist an allen Ecken eine ungleiche Auseinandersetzung entbrannt: Nacheinander werden unsere Treffpunkte von Bullen aufgerollt: Nachdem die Spitze der versuchten Demo in der angrenzenden Fußgängerzone eingekesselt oder zusammengeknüppelt wird, greifen die Bullen das nahegelegene JuZi an. Drinnen sind die Verletzten und viele Leute, die sich wieder sammeln wollten. Alle, außer einigen Verletzten, werden in Präsidien nach Mannheim(bereits überfüllt) und Ludwigshafen(auch überfüllt), später bis nach Heidelberg verfrachtet. Im Viertel gibts vereinzelt Versuche, den Bullen was entgegenzusetzen, die alle irgendwie mit heftigen Knüppeleien der SEKs und jeder Menge brutalster Festnahmen enden. Ca 160 Leute (von 500) sind am Ende festgenommen worden, offiziell 15 Verletzte waren von uns in Krankenhäusern, viele Verletzte sind von den Sanis versorgt worden. Die umstehenden Bürgers sind zum Teil entsetzt über die Bullen, fast nirgendwo ein schlechtes Wort über uns. Viele von denen, die sich mit uns solidarisieren, z.B. am Kessel der Demospitze (s.o.) kriegen selber was ab.

Bis in die Nacht hinein knüppeln die Bullen immer wieder vereinzelt Leute, nehmen weitere fest. An allen unseren Treffpunkten (EA oder Kneipen) fährt SEK mit dutzenden von Wannen etc.etc. auf. Von uns aus ist so gut wie nix mehr möglich.

Wir denken, daß das Konzept, die Demo von Schönau in die Innenstadt zu verlegen richtig war und auch dort eine starke Demo entgegen dem Verbot durchzusetzen. Mit der Brutalität der Bullen hatte für diese Demo niemand so richtig gerechnet. Da die Bullen überall einfach mehr waren und mit äußerster Härte vorgegangen sind, war für uns nicht mehr möglich, als zu versuchen, uns trotz alledem nicht aus der Innenstadt vertreiben zu lassen. Daß so viele von uns verletzt oder festgenommen wurden, ist keinem Konzept anzulasten.

Zum Abschluß bleibt noch zu sagen, daß ein verhafteter Genosse aus Frankfurt noch schwer verletzt im Krankenhaus liegt, nach Einschätzung des EA Mannheim jedoch heute (7.6.92) noch rauskommt.

Heute wird das weitere Vorgehen von uns für die nächste Woche in Mannheim und Schönau entschieden werden. Für nächsten Samstag soll für eine breite Bündnisdemo in Mannheim oder Schönau mobilisiert werden. Dazu gibt es jedoch

bis heute -7.6.92- noch keine endgültige Entscheidung oder Aufruf.

In der Nacht vom 6. auf den 7.6. fanden in Mainz eine Solidaritätsdemo mit ca 150 GenossInnen und in Göttingen eine Scherbandemo von 100 Vermummten statt...

SpinneNetz Mainz/Wiesbaden aus Mannheim, 7.6.92.

6 File : MANNHM3.GER

date: 920605
subject: **antifa**
from: antirafascist plenum

Aufruf zur Vertreibung des deutschen Moba aus den Straßen von Schönau

Hoyerswerda steht nicht mehr allein. Erneut verbreiten hunderte von deutschen Bürgern + (Bürgerinnen?) in dem Mannheimer Stadtteil Schönau bei den BewohnerInnen eines dort gelegenen Flüchtlingsheims Angst und Schrecken. SEit dem 25.Mai belagern sie jeden Abend, nach ordentlich verrichtetem Alltag, unter Volksfeststimmung die ehemalige Kaserne in der Lilienthalstraße. In Schönau wird der Übergang vom "Protestwähler" zum "Protestschläger" praktiziert.

Nur weil es die Bullen diesmal für ratsam hielten, das Heim zu schützen, kam es nicht zu weiteren bzw. schwereren Angriffen.

Wir wollen den Männern und Frauen im Flüchtlingsheim unsere Solidarität zeigen und den herrschenden Konsens der Ablehnung, der Pogromstimmung, versuchen zu durchbrechen. Weiter ist unser politisches Ziel, diesen deutschen Mob zu zerstreuen und von den Straßen Schönaus zu vertreiben. Eingestandenermaßen geht es dabei nur um Einschüchterung, die rassistische Denkstruktur der Bevölkerung ändern wir dabei nicht. Es gibt aber keinerlei Entschuldigung für diejenigen, die sich in einer solchen "Volksmasse" befinden. In einer solchen Menschenmenge verkommt der Unterschied zwischen Schaulustigen und jenen, die offen aggressiv rassistisch agieren, zur Bedeutungslosigkeit.

Es muß deutlich werden, daß Rassismus nicht mehr ohne persönliche Risiken ausgelebt werden kann!

7 File : FREENOW1.upd

For the Life and the Freedom of the Political Prisoners!

We call upon you to attend a nationwide demonstration on the 20th of June, 1992 12.00 o'clock in Bonn (Heinrich-Böll-Str./ (corner of) Walter-Flex-Str.)

Three years ago - during the last hungerstrike of the political prisoners - many demonstrated with us (friends, relatives and comrades) in support of the demands of the prisoners.

Until today these demands essentially have not been realised.

IF NOT NOW, THEN WHEN - IF NOT US, THEN WHO?

After more than 20 years of special laws, solitary confinement and 9 dead prisoners, after more than 20 years of collective struggle of the prisoners and growing public support parts of the apparatus of state have to question their hard attitude towards the prisoners.

With their statement from the 10th of April 1992 the Red Army Fraction, RAF, decided to stop their attacks against leading economical and state representatives for the process which is needed now.

With this the RAF marks a cut into the actual situation.

On the 15th of April, Irmgard Möller who is imprisoned since 20(!) years now, declared on behalf of the prisoners from RAF and Resistance: "... that the global and internal society's breaks are so deep, which makes it impossible for anyone just to continue with the policy and practice of the 70ies and 80ies...".

For this it is absolutely necessary, that the political prisoners can be part in the political process which is needed now. We want to discuss together, which is impossible under the actual conditions. These conditions have to be changed - immediately and for all of them!

All those, who are searching for ways how to organise and achieve a human live here and worldwide, are demanded to come to Bonn. We want to go to the streets because we know, that

there will be no concrete steps to change the situation of all prisoners, unless we fight for it!

We will go to Bonn to demand from the government, to set the course for a political solution for all political prisoners. This means to let all political prisoners free in a clearly seen time. First steps in this process would be to let those prisoners free who can not stay in prison because of their illnesses: Bernd Rössner, Isabel Jacob und Ali Jansen have to be let free at once.

Ute Hladki and Angelika Goder must not be imprisoned again, because they they are too ill to go to prison.

For all of the other prisoners from RAF and Resistance we demand their coming together as a first and immediate step. All special measures, which restrict their communication or prevent it must be abolished. This also means, that any new case against the prisoners from RAF which are based on King's/Queen's evidences must be abandoned.

And: the release of the political prisoners cannot depend on inquisitorial hearings.

Political solution also means:

All solitary sections and sections for special treatment must be closed down.

Every prisoner who is too ill to stay in prison must be released.

All repressive measures taken against those, who are struggling for the life and the freedom of the prisoners, must be abandoned.

Friends and comrades of the political prisoners in the Federal Republic of Germany

(This appeal is supported by: Bunte Hilfe Darmstadt, Infobüro Stuttgart, Initiative für die Zusammenlegung Heidelberg, Infobüro Karlsruhe, Infoladen Bonn, red house Düsseldorf, clockwork 129a. Date: 10th of May, 1992).

Adress to contact: Infoladen Bonn, Wolfstr. 10/ Hinterhaus, 53 Bonn 1

Donations account: K. Leukefeld; Postgiroamt Köln: BLZ 370 100 50; number of account: 39 68 - 506; headword: Bonn-Demo.

8 File : hauser.upd

date:07.06.1992

from: Spinne Mainz Wiesbaden

to: nat

subjekt: **häusergruppen gegen wwg**

EINLADUNG AN ALLE; DIE FÜR WOHNRAUM; HÄUSER; ZENTREN AKTIV SIND!

Wir wollen beim Gegengipfel im Juli in München (während dem WWG Treffen) eine AG machen: "Häuser, Zentren, Wohnungen für alle!"

wir- sind leute aus wi, köln, bonn frankfurt u.a. die schon länger initiativ sind um wohnraum,häuser, zentren zu bekommen, bzw. zu erhalten.

wir wollen das nebeneinanderher von unseren und euren initiativen aller art in diese richtung beenden und mehr zusammen bestimmen und agieren.

wir selbst sind da seit ein paar monaten verstärkt dran dieses näher zusammen bestimmen zu versuchen - aber das ist noch sehr klein.

klein im sinne von: einzelverbindungen zueinander und noch relativ sporadisch im ZUSAMMEN was angehen.

das das zusammen noch zu schwach ist, zeigt sich ja auch (denken wir) dann, nämlich dass die vielen starken besetzungsversuche fast nirgendwo (wo wir jetzt direkt wissen) erfolgreich waren.

zb. wiesbaden - scala/ende 91, köln- franz rheinberger zentrum/ende 91, martha heublein zentrum/31.4.92, martha heublein II- bis zum 29.5.92 noch da!!!!, mainz/ende 91, hanau/ ende 91 (mind. 2x), giessen(frauen und lesben)/anfang 92, marburg/anfang 92, göttingen/mai 92 und und und...

EIN versuch es gemeinsamer anzugehen war für uns am 22.11.91. da wurde in köln das f.rheinberger(edelweisspirat) in ehrenfeld besetzt. das Gelände und die gebäude gehörten ALDI. gleichzeitig mit der besetzung (ca. 5 std. später) wurden in mehreren städten aldi filialien besucht (ffm, bonn, mainz, wiesbaden-.).

flugblätter an die kundinnen und offener brief an die geschäftsleitung verteilt/un oder die filialleiterInnen aufgefordert über unseren besuch meldung zu machen -- dass wir das haus in köln fordern!

die wesentlichen gedanken dieser initiative waren: jedes durchgesetzte haus ist ein gewinn für uns alle. unsere gemeinsame kraft/möglichkeiten in den verschiedenen städten um politisch/praktisch den druck zu erhöhen, dass sie uns(bzw. direkt den kölnernInnen) das haus geben. wenn nicht -- Dann... dass sie einen höheren politischen preis (den sie ja konkret schlecht einschätzen können) zahlen, wenn sie räumen. als wie wenn wir nur allein jeweils in der eigenen stadt den druck bestimmen.

neu war auch gelände/gebäude eines konzerns zu nehmen und nicht nur fixiert/gebunden auf stadtbesitz. wo gedanken waren- was vermittelt man/frau da? interessensidentität konzern// politisch verantwortliche(stadt) zu benennen-EINE macht gegen unsere interessen nach menschenwürdigem leben/wohnen-kommunikation.

das franz rheinberger zentrum gab es 5 tage lang (das war entgegen früherer versuche schon lang..). dann wurde geräumt und sofort abgerissen. in verschiedenen städten- köln, bonn, göttingen und..? gab es aktionen gegen ALDI.

obwohl wir selbst nicht wesentlich das bisher weiterentwickeln konnten, diesen ansatz zusammen-- glauben wir, das das möglich ist und nötig um unsere profekte wirklich durchzusetzen.

deswegen wollen wir auch einen neuen anlauf (es gab ja schon einige versuche- die dann irgendwie nix mehr waren..)- mit allen die diese Überlegungen gut finden und in der richtung aktiv sind/werden wollen.

wir wollen reden über ---- was Überlegungen/vorstellungen in die richtung sind -- - was in der letzten zeit von uns /euch versucht wurde, stille-laute besetzungen, andere initiativen etc.

--wie das angegangen wurde und warum zb.: in bezug auf öffentlichkeitsarbeit, argumentationen, verhandlungen, bündnisse, welche objekte, zusammen auch mit ausl. organisationen, leuten..

ob was durchgesetzt wurde konkret oder nicht und einschätzung warum/warum nicht -- was gefehlt hat.. -- was für uns evtl. weitergehende ziele sind- die teil unserer kämpfe für wohnraum sind/werden können. zb. eine parole aus köln ist: wohnraum für alle flüchtlinge statt sammellager" (so ähnlich) -- wo eben gleichzeitig der antirassistische charakter unseres kampfes

deutlich wird und direkt mobilisiert gegen die sammellager INDEM alternativen gezeigt werden (wohnraum für alle und wir kämpfen dafür). oder noch eine parole die wir gehört haben "gemeinschaft ist ein menschenrecht", wo die mobilisierung gegen die innere zerstörung jedes menschen in den metropolen durch isolation und leistungsorientierung gerichtet ist. die staatliche repression gegen kollektive/gemeinschaften die selbst bestimmen wollen angesprochen wird.

das sind nur ein paar punkte die uns wichtig sind.

wir glauben, dass sehr viel von unserer kraft, von unseren eigentlich starken initiativen verpuffen. weil wir nicht die politische relevanz bewusst entwickeln ZUSAMMEN, die wir eigentlich haben (könnten). auch weil das meiste gute von den gelaufenen erfahrungen durch das nebeneinanderher/unvermittelte versickert. wir so nicht voneinander lernen können, wie es besser wird.

wo wir doch EIGENTLICH mit unseren wohn/kommunikationsprojekten echte soziale alternativen gegen die organisierte menschenverachtung hier entwickeln, bzw. aufbauen wollen. deswegen werden wir;ja auch so bis aufs messer bekämpft. aber oft reden wir so nicht drüber -- und vermitteln das dann auch nicht nach aussen.

das bedeutet dann, dass wir sehr vielen Leuten, die eigentlich mit dem was wir wollen was anfangen könnte - gar nicht nahe kommen. und so dann relativ wenige bleiben. die wirkung in die Gesellschaft reinalso solidarität die zu uns und unseren ziele wächst - noch viel stärker werden könnte.

davon hängt ja wahnsinnig viel von ab. das was wir am meisten wollenwozu die wohnlebensprojekte ja da sind - nähe, kommunikation- gemeinsame stärke - politische relevanz im sinne von "die seite der menschen hier" zu entwickeln und -- auch natürlich die durchsetzbarkeit unserer konkreten projekte.

vielleicht können wir bald politisch mit einer gemeinsamen richtung agieren -- im sinne von: für welche alternative stehen und kämpfen wir?(die hoffentlich bald BEWEGUNG für häuser,zentren, wohnraum),.

zb. gemeinschaft gegen einzelner kommunikation statt kabel kultur gegen den konsum aufbau sozialer strukturen gegen die zerstörung aller sozialen werte LEBEN GEGEN DAS VEGETIEREN!

die verständigung unter uns steht unheimlich an. wir wollen die ag auch beim gegipfel weil wir mit UNSEREN zielen, projekten dort präsent sein wollen.

sollten wir bei unseren diskussionen zu einem politischen roten faden kommen, können wir auch die möglichkeit von tausenden pressevertreterinnen aus aller welt nutzen um uns deutlich zu machen. z.B. häuserkampfblock bei der demo mit forderungen - zb. rückgabe ALLER geräumten häuser - im fall des abrisses- ersatzhäuser! - auflistdatum,ort, räumung.. oder auch einstellung ALLER ermittlungs verfahren gg. besetzerinnen!

ist alles etwas gestückelt -aber das genauer können wir ja auch nur zusammen rauskriegen.-- -WICHTIG!!!! wir bitten euch diese einladung an ALLE weiterzugeben oder zu schicken von denen ihr wisst, das sie interesse haben.. hoffentlich bis dann!!!

DATUM: Freitag, 12.6.92 ORT: Frankfurt- 3.Welt Haus in Rödelheim,

Westerbachstr. 40 UHRZEIT: 14.00 Uhr

9 File : wunsiedl.upd

date: 07.06.1992
from: Spinne Mainz Wiesbaden
subjekt: **faschoaufmarsch in wunsiedel**

Wunsiedel 1992, verhindern wir den Faschoaufmarsch

Ausgangslage

Am 17.8.92 ist der 5. Todestag von Rudolf Heß. Nach seinem Tod im Gefängnis wurde er in Wunsiedel beerdigt-Seit 1988 veranstalten Faschisten einen "Rudolf Heß Gedenkmarsch"; inzwischen ist Wunsiedel für das gesamte Spektrum des europäischen Faschisten-Netzwerkes, vom Ideologen bis zum Nazi-Skin zum "Wallfahrtsort" geworden. Der faschistische "Gedenkmarsch" ist Bindeglied zwischen den verschiedenen Fraktionen der Faschisten, von alter und neuer Rechte zu den militanten Faschisten und im europäischen Maßstab. 1991 waren in Bayreuth (Wunsiedel war gerichtlich verboten) 2000 Faschisten versammelt und ist

damit die größte faschistische Ansammlung auf dem Boden der BRD. Für eine Gegendemonstration waren 1991 knapp 2000 AntifaschistInnen mobilisiert worden'. Den Faschisten- aufmarsch konnten wir nicht verhindern. Bei der Rückfahrt wurden von den Faschisten vier Busse (die zusammen fuhren) von AntifaschistInnen angegriffen. Es gab Verletzte und 15 000 DM Sachschaden an den Bussen der AntifaschistInnen. Desweiteren gab es 1991 Probleme durch die kurzfristige Ummobilisierung von Wunsiedel nach Bayreuth (für ganz Wunsiedel galt ein 48 Std. allg. Versammlungsverbot) und Probleme durch

Wir finden es wichtiger denn je dem faschisten Aufmarsch in Wunsiedel politisch und wo möglich auch materiel einen starken antifaschistischen Widerstand entgegenzusetzen.

Aber wie ?

Erste Grundvoraussetzung wäre ein bundesweit, getragenes inhaltliches wie organisatorisch Konzept, was z.B. heißen würde, daß sich verbindlich Gruppen an der Vorbereitung beteiligen müßten. Aus Bayern wird dieses Jahr nicht automatisch mobilisiert, wobei es aus dem Süden zuzugibt, wenn es eine BRD und DDR- weite Mobilisierung gibt, sich zu beteiligen. Was für uns natürlich auch eine Voraussetzung ist; ohne eigenständige antifaschistische mobilisierung in Bayern läuft nichts.

Wir haben im Norden mit der Diskussion über Wunsiedel 92 angefangen und möchten unsere Überlegungen BRD und DDR-weit diskutieren. Beteiligt an der Diskussion, waren erstmal AntifaschistInnen aus, Kiel, Eutin, Regensburg, Hamburg, Harburg-Land, Nordharz, Braunschweig und Bremen.

Unsere ersten und zweiten Überlegungen zu Wunsiedel 92 Wir gehen davon aus diese faschistische Demo nicht verhindern zu können (2000-3000 Faschisten, die unentschlossenheit letztes Jahr, wo 50 USKler 500 Antifaschistinnen über einen Parkplatz jagten, höchstwahrscheinlich kurzfristige Verbote von Wunsiedel usw.), wir würden uns freuen wenn wir uns täuschen und es doch möglich wäre. Finden es aber wichtig im Vorfeld ehrlich mit unseren Möglichkeiten umzugehen, was für die Bestimmung und den Ablauf der Demo wichtig ist. (91 wartete jede/r auf den Augenblick des' Zusammentreffens mit den Faschisten, dadurch fehlte der Kopf und Bauch für z.B. der simplen Vermittlung an die tausenden "Schaulustigen" warum wir diese Demo machen oder den eigenen Redebeiträgen wurde nicht zugehört). Wir finden es wichtig die zentralen

Plätze und Orte an denen die Faschisten sich treffen wollen frühzeitig zu "besetzen", gehen aber davon aus das die Faschisten von den Bullen eben umgeleitet werden und die CSU ein starkes Interesse hat ein aufeinander treffen der beiden Demos zu verhindern.

Überlegenswert "finden wir die Frage ob es politisch durchsetzbar ist, daß wir in Wunsiedel Demonstrieren können und die Faschisten nicht – glauben aber daß es recht unwarscheinlich ist.

Sollten wir nicht nach Wunsiedel mobilisieren ist die warscheinlichkeit groß, daß die Faschisten in Wunsiedel selber ungestört ihren faschistischen Dreck verbreiten können (die Verbote waren immer nur mit den möglichen Auseinandersetzungen zwischen den Faschisten und uns begründet). Wir wollen eine BRD und DDR weite antirassistische und antifaschistische Demonstration mit einigen tausend TeilnehmerInnen. Wir wollen versuchen europaweit AntifaschistInnen auf die Demo zu mobilisieren (zumindest da, wo schon Kontakte bestehen). Wir wollen eine Demonstration an der sich viele beteiligen können, die ein Ausdruck der breiten antifaschistischen Bewegung ist, auf der Flüchtlinge und MigrantInnen von ihrer Situation erzählen, auf der "nicht deutsche" AntifaschistInnen von der Situation in "ihren" Ländern erzählen, auf der nichts vergeben und vergessen wird (wir denken z.B. an das Errinnern eines jeden Opfers des faschistischen Terrors des letzten Jahres), auf der was über die Zusammenarbeit zwischen Staat, und Faschismus gesagt wird, auf der was über Sexismus gesagt wird, auf der was über die zunehmende akzeptanz breiter Bevölkerungsgruppen für Nationalismus und Rassismus gesagt wird und deren Ursachen und –nicht zuletzt was über unseren Vorstellungen einer solidarischen Welt, und der antifaschistischen Selbstorganisation. Die Inhalte sollten auch in der Mobilisierung eine große Rolle spielen. Die Demonstration sollte ein Ausdruck des Widerstandes gegen die zunehmende Rechtsentwicklung sein und schon im Vorfelde sollte die Diskussion vor allem mit Flüchtlings–MigrantInnen–nicht deutschen linken–Gruppen, der gesamten autonomen–Szene und nicht nur "Teilbereich" Antifa, Frauen–Anti–Rassismus, "3"Welt–Gruppen gesucht werden. Wir finden eine massive Öffentlichkeitsarbeit, auch schon im Vorfeld, wichtig, z.B. durch;

Flugis, Plakate, Broschüren, Verant., Pressearbeit, Konzerte, gleichzeitig fänden wir es gut, schon bestehende antifaschistische Infrastruktur zu nutzen (z.B. das Antifa–Info Berlin

macht im Vorfelde eine Schwerpunktnr. zu Wunsiedel und den Hintergründen). Die fas.chistischen Organisationen und Personen die nach Wunsiedel kommen und auch regional nee, Rolle spielen werden auch regional im Vorfelde thematisiert (was. z.B. für Hamburg heißen könnte., die auch für Wunsiedel wichtigen Rieger und Worch vor Wunsiedel politisch und materiel anzugreifen).

Daß die Demo geschlossen laufen soll, ohne Abgriffe der Bullen ist klar und. über gesicherte–An und Abfahrten müßten wir auch reden.

Behindern, Verhindern, Angreifen

Wir finden–es richtig und wichtig faschistische Demos, wo möglich zu verhindern. Für Wunsiedel halten wir eine Doppelstrategie für realistisch. Einerseits (wie oben beschrieben) durch eine starke bündnis Demo ihnen politisch zu begegnen und wo möglich den Faschisten "Räume und Plätze" zu nehmen, andererseits sie gezielt in ihren Vorbereitungen und dem Ablauf ihrer Demo Anzugreifen. Beides sollte als "Einheit" vor, auf und– nach der Demo politisch vermittelt werden. Konkret stellen wir uns vor, daß sich erfahrene Gruppen überlegen wo es Ansatzpunkte für eine mögliche Störung der faschistischen Infrastruktur gibt. Einige Ansatzpunkte sind für uns: Welche Personen sind für die Planung und Durchführung – von Wunsiedel wichtig, woher kommt die Infrastruktur für die Demo (Lautsprecherwagen) wo werden die Flugis gedruckt, wie fahren die Faschos zur Demo (Sammelpunkte, Busse, Fahrrouten) usw.?

Zusätzlich finden wir es gut zu überlegen wo es innerhalb der Faschodemo selber Ansatzpunkte gibt. Desweiteren schlagen, wir eine Anlauf stelle (Tele. Nr. ?) vor, an der die Infos über "Störaktionen" vermittelt werden um die Infos schon auf der Demo vermitteln zu können und um mit ihnen offensiv Öffentlichkeitsarbeit zu machen.

Kontakt über:

Autonome Infogruppe

Schweffelstr. 6
2300 Kiel
Fax: 0431/577056
c/o Infogruppe

Wunsiedel Vorbereitung Hamburg

c/o Schwarzmarkt
Paulinenplatz 15
2000 Hamburg 36